



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

November 2016

LISA-Aktion: Gegen Sanktionen und Zwangsverrentung



Die LISA-Aktiven am 24.10. vor dem Jobcenter Beltgens Garten (Foto: H. Heinemann)

Redaktionsschluss für die Dezember-Ausgabe:
Montag, 28.11.2016

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!

Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz,
Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Ankündigung	S. 2
Anträge: G 20 Gipfel verhindern	S. 2
Keine Verkleinerung der LVV	S. 4
Zum Arbeitsprogramm	S. 4
Friedenskonferenz	S. 5
Hartz IV: Aufruhr und Kaffee	S. 6
Beteiligung in Billstedt	S. 7
Termine / Kontakt	S. 8
Anhang:	
Bezirksarbeitsprogramm Endfassung	

Ankündigung der Bezirksmitgliederversammlung am 20.11.

Sonntag, den **20. November 2016**, von **14:00 bis 19:00 Uhr** im Gemeinschaftsraum der **Drachenbau** Wohngenossenschaft eG, Schmilinskystraße 6a, Hamburg-St.Georg

**Liebe Genossinnen und Genossen,
Liebe Kolleginnen und Kollegen,**

hiermit möchte ich euch im Namen des Bezirksvorstandes herzlich zur Bezirksmitgliederversammlung am Sonntag, den **20. November 2016**, von **14:00 bis 19:00 Uhr** im Gemeinschaftsraum der Drachenbau Wohngenossenschaft eG, Schmilinskystraße 6a, Hamburg-St.Georg einladen. Räume und WC sind barrierefrei zugänglich.

Vorschlag zur Tagesordnung:

- **Begrüßung und Konstituierung** **14:00 Uhr**
- **Aktuelle Berichte** **14:15 Uhr**
- **Vorbereitung des Landesparteitags am 27.11.2016** **14:45 Uhr**
- **Änderungsanträge** **15:45 Uhr**
- Pause **16:30 Uhr**
- **Strategiediskussion und KandidInnenbefragung zur Bundestagswahl** **17:00 Uhr**
- Gäste: Inge Hannemann, Fabio de Masi und Rainer Benecke
- **Verschiedenes** **18:45 Uhr**

Ende gegen 19:00 Uhr

Eine Woche vor der Tagung des Parteitags wollen wir das Material sichten und gegebenenfalls Änderungsanträge stellen. Für den zweiten Teil der BMV freuen wir uns, dass mit **Inge Hannemann, Fabio de Masi und Rainer Benecke** alle zugesagt haben, die bisher bekannt gemacht haben, die Hamburger LINKE im Bundestag vertreten zu wollen. Als Grundlage für die Befragung kann unser Arbeitsprogramm dienen.

Wir freuen uns auf eine lebendige und produktive BMV!

Mit solidarischen Grüßen,



(Alexander Benthin, i.A. des Bezirksvorstandes)

Antrag an die 2. Tagung des 5. Landesparteitags der LINKEN Hamburg

Antragsteller: Bezirksverband Hamburg-Mitte

Den G20-Gipfel in Hamburg verhindern - für eine friedliche und gerechte Weltwirtschaftsordnung

„Das einzige, was wir nach der Lektüre des *Kommuniqué* sagen können ist, dass wir weiter mit hoher Arbeitslosigkeit rechnen können und die Risiken hoch bleiben«, sagte Tris Sainsbury, Direktor des G20-Zentrums am australischen Lowy-Institut.“

SPIEGEL ONLINE: "Große Probleme, keine Lösungen" zum letzten G20-Gipfel in China, 05.09.2016

Nach Planung der Bundesregierung und des Hamburger Senats soll der nächste G20-Gipfel im Juli

2017 in Hamburg stattfinden. Bei diesen Gipfeln treffen sich, als Reaktion auf die seit 2008 anhaltende tiefe Zivilisationskrise, die Regierungschefs und Finanzminister der 20 wirtschaftsstärksten Nationen sowie zahlreichen Bankchefs wie auch Lobbyisten und inszenieren sich als Weltregierung - ohne jede Legitimation. Sie kommen nicht umhin, einige der großen Probleme dieser Zeit zu behandeln, wie die kriegerischen Eskalationen und Umweltzerstörung. Da sie aber bestrebt sind, die neoliberale (Un-)Ordnung zu retten, indem sie den „Freihandel“ (=Deregulierung) untereinander aus-

bauen (z.B. mit TTIP und CETA), die Austeritätspolitik forcieren und Lohn- und Steuerdumping verfestigen wollen, haben sie keine Antwort darauf. Die Gipfel sind Teil des Problems, nicht der Lösung.

Demgegenüber vertritt DIE LINKE die Überwindung des Rechts des Stärkeren und die umfassende Verwirklichung der menschlichen Würde. Das heißt: Frieden und Abrüstung, gute Ernährung und eine Gesundheitsversorgung, die gesund hält, Bildung, die aufklärt und Kultur, die befreit - für alle Menschen. Dafür engagieren wir uns unter anderem mit der Beteiligung an einem sozialen Gegen-gipfel der 7 Milliarden für Frieden und soziale Gerechtigkeit. Die Bevölkerung entscheidet selbst am besten, was für alle gut ist.

Hamburg ist eine weltoffene Hafenstadt mit einer aufgeklärten Universität und starker internationalistischer Arbeiter- und Friedensbewegung. Das kommt unter anderem in der großen Solidarität mit Flüchtlingen und der breiten Ablehnung von Waffenproduktion und -exporten zum Ausdruck. Hier hat sich die Mehrheit der Bevölkerung jüngst für den Rückkauf der Stromnetze in öffentliche Hand und gegen das Kommerz-Olympia des IOC ausgesprochen. Damit hat sie ein internationales Zeichen für (Re-)Kommunalisierung der Daseinsvorsorge, den Ausbau des Sozialstaats und gegen dekadente Großevents gesetzt.

Gegen diese Aufmüpfigkeit versuchen die Handelskammer und der rot-grüne Senat Hamburg weiter zur „Standort-Metropole“ und „Global City“ zuzurichten. Dazu passt die Entscheidung der Bundesregierung, den G20-Gipfel in Hamburg veranstalten zu wollen. Diese Entscheidung ist also eine bewusste Provokation.

Den Gipfel in Hamburg sollen um die 15.000 Polizei- und Bundesgrenzschutzkräfte absichern, Kameras den Innenstadtbereich überwachen und Absperrungen den Verkehr in der Stadt massiv einschränken - ein Szenario, dem die Bevölkerung gerade erst bezogen auf olympische Spiele eine Absage erteilt hat. DIE LINKE fordert den Hamburger Senat auf, die Ausrichtung des G20-Gipfels abzulehnen, auch um die Menschen in dieser Stadt vor den zu erwartenden Eingriffen in ihre Grundrechte und erheblichen Einschränkungen ihres Lebens zu bewahren.

Um den G20-Gipfel der Hamburger Bevölkerung schmackhaft zu machen, wird seitens des Senates – wie bei Olympia – mit Frieden und Völkerverständigung geworben. Dabei stützt der Senat sich auf die Hamburger Verfassung, wo es heißt: „Sie

[die Stadt Hamburg] *will im Geiste des Friedens eine Mittlerin zwischen allen Erdteilen und Völkern der Welt sein.*“ Die imperialistischen Umtriebe der G20-Gipfel sind aber das volle Gegenteil dessen!

Um einer humanen Entwicklungsperspektive den Weg zu bahnen setzt sich DIE LINKE dafür ein, die Hamburger Verfassung real zu verwirklichen und dass in den internationalen Beziehungen, anstelle der G7 und G20, aufbauend auf dem Völkerrecht, der UN-Menschenrechte-Charta und dem UN-Sozialpakt, die demokratischen Strukturen der Vereinten Nationen ausgebaut und gestärkt werden.

Statt Millionen Euro für einen G20-Gipfel zu verschwenden (in Toronto 2010 waren es 1 Mrd. Dollar) fordert DIE LINKE, diese sinnvoll für die nötigen Investitionen in Soziales, Bildung, Kultur, Gesundheit, Inklusion, Integration und Infrastruktur zu nutzen.

Dafür unternimmt DIE LINKE in Hamburg zusammen mit BündnispartnerInnen folgende Schritte:

- die Durchführung einer Unterschriften-Kampagne zur Abschaffung der G20-Gipfel und ihre öffentlichkeitswirksame Übergabe an Bundesregierung und Senat unter dem Leitsatz „Frieden und öffentliche Investitionen statt Kriegs- und Austeritätspolitik“,
- die Beteiligung an einer hamburgweiten Plattform gegen G20, wofür der Landesvorstand zu regelmäßigen parteiöffentlichen Vorbereitungstreffen einlädt,
- die Erstellung und Verbreitung von Aufklärungsmaterial sowie entsprechende öffentliche Veranstaltungen,
- eine Demonstration im Frühjahr zur Verhinderung des G20-Gipfels in Hamburg,
- die Mobilisierung zum Gegengipfel der 7 Milliarden und die Beteiligung daran.

Begründung:

„Wir setzen auf globale Kooperation und Solidarität statt auf das Recht des Stärkeren. Eine Welt unter dem Diktat eines allmächtigen globalen Kapitalismus ist keine erstrebenswerte Welt. Im Mittelpunkt von Wirtschaft und Politik müssen die Lebensbedürfnisse und Interessen der Mehrheit der Menschen stehen.“

Aus der Präambel des Erfurter Programms der Partei DIE LINKE

Antrag an die 2. Tagung des 5. Parteitages, DIE LINKE. Hamburg

Antragstellerinnen und Antragsteller: Bezirksverband Hamburg-Mitte, Stadtteilgruppe Eppendorf – Winterhude – Hoheluft-Ost

Beteiligung fördern – Keine Verkleinerung der LandesvertreterInnenversammlung

Der Landesparteitag möge befassen, beraten und beschließen:

Der Beschluss des Landesvorstands vom 11.09.2016 wird zurückgenommen. Die Zahl der Angehörigen der LandesvertreterInnenversammlung zur Wahl der Kandidierenden zum Deutschen Bundestag wird mindestens wieder auf das Maß der Landesparteitagsdelegierten angehoben.

Begründung:

Die vom Landesvorstand am 11.09.2016 beschlossene Absenkung der Anzahl der Vertreterinnen und Vertreter zur LandesvertreterInnenversammlung unter das Niveau der 138 Landesparteitagsdelegierten auf 100 VertreterInnen ist angesichts steigender Mitgliederzahlen nicht vertretbar. Demokratische Teilhabe ist Wesenskern einer sozialistischen Partei. Das muss ausgebaut und gestärkt, nicht eingeschränkt werden.

Seit 2012 steigt die Zahl der Mitglieder kontinuierlich an. Damit ist auch die Repräsentativität und Beteiligung entsprechend auszubauen. Dafür muss auch die Zahl der Landesparteitagsdelegierten fortlaufend erhöht werden.

den.

DIE LINKE strebt eine Gesellschaft an, in der alle Menschen solidarisch über ihre Lebensbedingungen verfügen. Diese Perspektive müssen wir daraufhin selber leben! Dem entspricht eine hohe Beteiligung der Mitglieder in den Organen und Gremien.

Vor dem Hintergrund des Einwands, insbesondere Genossinnen würden sich nicht beteiligen: Die Motivation, an der Entwicklung unserer Partei und unserer Handlungsfähigkeit in den gesellschaftlichen Konflikten mitzuwirken, wächst nicht zuletzt mit der Möglichkeit dazu. Die Aufstellung der KandidatInnen zur Bundestagswahl darf davon nicht ausgenommen werden.

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Das Arbeitsprogramm mit Leben füllen

Liebe Genossinnen und Genossen, wir können uns freuen, nach intensiver Arbeit ein Programm unser eigen zu nennen! Das von der BMV am 03.10.2016 beschlossene Programm für die Arbeit unserer Partei DIE LINKE im Bezirk Hamburg-Mitte findet ihr hier auch auf den Seiten 9ff.

Begonnen hatte dieser Prozess damit, dass zwei Papiere mit sehr unterschiedlichem Inhalt zur programmatischen Ausrichtung bei der Neuwahl des Bezirksvorstandes im Juni vorgelegt worden waren. Die "Eckpunkte eines politischen Programms für Hamburg-Mitte" kritisierten den bisherigen Vorstand und hatten ihren Schwerpunkt bei der Beschreibung der sozialen Lage und formulierten eher kurzfristige Reformziele mit dem Fokus auf die Wohnungspolitik. Frieden, Internationale Solidarität und Gegen Rechts waren ausgespart worden. Das zweite Papier mit dem Titel „Opposition wirkt, Solidarität schafft Hoffnung!“ der bisherigen Vorstandsmitglieder wagte einen umfassenden (Aus-)Blick mit oppositionellem Aufklärungsanspruch.

Die Mitgliederversammlung erteilte daraufhin dem neugewählten Vorstand den Auftrag, beide Papiere

zu vereinen. Der Vorstand hat sich dieser Aufgabe angenommen und immer herzlich dazu eingeladen, daran mitzuarbeiten und Vorschläge einzubringen. Herausgekommen ist ein Entwurf, der u.a. in der letzten Mitteilungs-Ausgabe zu lesen war. Die Bezirksmitgliederversammlung vom 03.10.2016 hat daran noch einige Verbesserungen vorgenommen, die ihr hier noch einmal aufgelistet seht:

1. Der Abschnitt "Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts" wurde hinter die Einleitung an den Anfang gestellt, weil Frieden als wichtigste Zivilisationsvoraussetzung den Ausgangspunkt unseres Denkens und Handelns ausmacht.
2. Im Bildungsabschnitt wurde ergänzt: "Wir treten darüber hinaus für eine Schule für alle ein." Die Aufzählung im darauf folgenden Satz wurde um "Menschen mit geringem Einkommen" ergänzt.
3. Im Abschnitt "Menschenwürdige Arbeit und soziale Absicherung für alle!" wurden die 11,5 Zeilen von "Liegt das durchschnittliche Einkommen..." bis "...in der HafenCity hingegen kein einziges." ersetzt durch: "Die 10 reichsten Hamburger (Herz, Otto, Kühne, Bauer, Fielmann ...) sind so reich, dass weniger als die Hälfte ihres Vermögens (etwa 25 Milliarden Euro) ausreichen würde, die „Schulden“

der Stadt Hamburg zu begleichen. Insbesondere in Mitte muss dennoch fast jedes zweite Kind in Armut leben." Überzeugt hat hier, dass Durchschnittswerte die reale Armut verschleiern und das Geld der Reichsten umverteilt werden muss.

4. Im selben Abschnitt wurde als neue zweiter Spiegelstrich eingefügt: "- Wir fordern die konsequente Umsetzung des Solidarprinzips: Arbeitgeber müssen zu mindestens 50 Prozent an der Finanzierung der Kranken-, Arbeitslosen-, Renten- und Pflegeversicherung beteiligt werden."

6. Im Abschnitt "Gegen Rechts – für soziale Gleichheit und Solidarität" wurde das erste Wort "Rechtsextreme" durch "Extrem rechte" ersetzt und vor "brutale Zuspitzung" "extrem" ergänzt. Im ersten Spiegelstrich wurde "und rassistischen" (Organisationen) gestrichen, da Rassismus ein Querschnittsthema ist.

7. Der Abschnitt "Internationale Solidarität" wurde redaktionell hinter den Gegen-Rechts-Abschnitt verschoben.

8. Im Anschluss daran wurde ein neuer Abschnitt "Sozial-ökologischer Umbau: Die Umweltfrage ist Systemfrage" eingefügt.

9. Im Abschnitt "G20-Gipfel – für eine Welt der 99%!" wurde am Ende eingefügt "und sind aktiv für einen Gegengipfel der sieben Milliarden."

Dieses Arbeitsprogramm soll nicht die guten Wahlprogramme zur Bezirksversammlung sowie zur Bürgerschaft ersetzen. Vielmehr ist die Intention, die Partei als Souverän zu stärken, die Verwirklichung unserer weitreichenden Ziele in bezirklicher

Spezifik anzugehen, in diesem Sinne Akzente zu setzen (z.B. Hafen -> Rüstungsexporte stoppen), Streitpunkte zu klären und eine gemeinsame Handlungsbasis schaffen. Wir denken, dass sich das Ergebnis in diesem Sinne sehen lassen kann.

Nun ist es an uns allen, das Programm in den Stadtteilgruppen zu diskutieren, damit wir es mit Leben füllen können. Wir sind bewusst nicht allzu sehr ins Detail gegangen, auch um von der Dynamik der Auseinandersetzungen nicht zeitlich überholt zu werden. Wir freuen uns aktuell besonders darauf, mit dieser Grundlage in die Auseinandersetzung um den geplanten G-20-Gipfel zu gehen. Außerdem haben wir mit dem Programm bereits eine gute Grundlage für bezirkliche Wahlkampfschwerpunkte und können bei der nächsten Mitgliederversammlung, die am 20.11. stattfindet (Einladung siehe hier im MitteNmang auf Seite 2), die Hamburger KandidatInnen für den Bundestag danach befragen, wie sie unsere Ziele mit uns verwirklichen wollen.

Freuen wir uns auf einen produktiven Herbst und Winter!

Mit besten und solidarischen Grüßen aus dem Vorstand,
Alexander Benthin

Erinnerung: Hamburger Friedenskonferenz „Es geht auch anders“ - Von der Sicherheits- zur Friedenslogik



Sonnabend, 5. November 2016, 9.30 bis 20.00 Uhr

Alfred Schnittke Akademie

Max-Brauer-Allee 24, 22765 Hamburg-Altona

Wie können wir dazu beitragen, globale Probleme wie Hunger, Krankheit und Umweltzerstörung zu überwinden und eine friedliche, demokratische, soziale und ökologisch nachhaltige Welt zu bauen? Wie kann heute der Paradigmenwechsel von Sicherheits- zur Friedenslogik gelingen? Statt Konkurrenz zwischen Staaten, Städten, Häfen, Unternehmen und Menschen geht es um eine neue, revolutionäre Kultur der internationalen Kooperation und des Friedens. Deutschland, mit den Erfahrungen von zwei Weltkriegen, sollte Vorreiterin sein für dieses Denken und Handeln.

Wir rufen Sie auf: Wer den Frieden will, muss den Frieden vorbereiten!
(Mehr Infos siehe MitteNmang vom Oktober)

Gegen Sanktionen und Zwangsverrentung: Aufruhr, Widerstand mit Kaffee

Wir, die Hamburger LISA Frauen gemeinsam mit der Linksfraktion, protestierten am 24. Oktober vor dem ‚jobcenter team.arbeit.hamburg für schwerbehinderte Menschen‘, Beltgens Garten 2

Wir wollen möglichst viel Druck organisieren gegen die Verschlechterungen und für eine Abschaffung von **Sanktionen**. Sanktionen sind menschenunwürdig. Hartz IV soll das Minimum an Geld gewährleisten, das ein Mensch mindestens zum Leben braucht. Also verbieten sich Kürzungen, Minimum ist Minimum. Grundrechte kürzt man nicht. Zu Gast war auch ein „Hartz IV-Schnüffler“, der uns aufgeklärt hat. Diese Performance ist unbedingt sehenswert und dies könnt Ihr Euch hier (auch wenn Ihr nicht bei facebook registriert seit) anschauen:

<https://www.facebook.com/IngeHannemann1/>



Der Schnüffler berichtet ...

Wir streiten auch gegen die **Zwangsverrentung**, die 63 jährige Erwerbslose trifft und lebenslange Abschläge zur Folge hat. Wir bezeichnen dies als Rentenraub. Fiktives Beispiel: eine Krankenschwester hat einen Rentenanspruch von 1000,00 € erknechtet. Leider ist sie als 63 jährige erwerbslos und wird von der Arge zur Zwangsverrentung gezwungen. Der reguläre Rentenbeginn wäre für

die 63-jährige (Jahrgang 1953) im Mai geborene Januar 2019. Also 31 Monate später. Bei Zwangsverrentungen drohen pro Monat 0,3% Abschläge auf die erarbeitete Rentenhöhe. (31 Monate x 0,3 % sind 9,3% Abschläge) in diesem fiktiven Fall 93,00 € weniger auf den erarbeiteten Rentenanspruch – und dies lebenslang!! Dazu kommen die Beiträge der Sozialabgaben von ca. 10%, also noch weitere 100,00 € weniger. Die Rente verringert sich von einem Rentenanspruch in Höhe von 1000,00 € auf 807,00 €. Rentenanpassungen werden an die bereits zwangsgekürzte Rente angepasst. Noch eine weitere Kürzung.



Das LISA- Aktionsteam, Gruppenbild mit Herr

Deshalb fordern wir

- Die bestehenden Sanktionen abschaffen! Keine Kürzungen, keine Verschlechterungen!
- Kein zweites verstecktes Sanktionsregime durch scheinbar „sozialwidriges Verhalten“!
- Keine Zwangsverrentungen mit lebenslangen Abschläge für 63 jährige Erwerbslose!
Endlich die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts aus dem Jahr 2014 umsetzen und die Regelsätze deutlich zu erhöhen!

Heike Wokon und Hildegard Heinemann
(auch Fotos)

Sparhaushalt 2017/2018 – Öffentliche Anhörung am 2. November um 18:30 Uhr

In diesen Wochen berät die Hamburgische Bürgerschaft über die städtischen Ausgaben für die nächsten zwei Jahre. Nach den Planungen des Finanzsenators wird es dabei kräftige Überschüsse geben: Hamburg macht Gewinn! Das ändert allerdings wenig an der rigiden **Sparpolitik des Senats** – es wird gekürzt, an allen Ecken und Enden. Wichtige Teile der öffentlichen Infrastruktur werden nicht erneuert, für wichtige Lebensbereiche wie Wohnen, soziale Stadtentwicklung, Armutsbekämpfung und -prävention wird viel zu wenig Geld ausgegeben. Die dramatische soziale Lage in der Stadt wird vom Senat indes einfach ignoriert.

Diese Entwicklung geht uns alle an: Nicht nur Sozialarbeiter_innen oder Pädagog_innen sind von den Kürzungen betroffen, alle Bürger_innen haben letztlich unter den Sparmaßnahmen zu leiden – gerade in einer Zeit, in der die soziale Spaltung in der Stadt immer größer wird und viele Menschen von Altersarmut betroffen sind. **Am 2. November laden wir daher Einrichtungen und Projekte, die unter der Sparpolitik leiden, zu einer Öffentlichen Anhörung ins Rathaus an** – dort können sie ihre Lage schildern.

Billstedt/Horn: BürgerInnenbeteiligung konkret

Liebe Genossinnen und Genossen,
(ich schreibe mit dem Wort GenossInnen in meinen Texten immer beide Geschlechter an).

Am 04. Oktober 2016 waren wir mit GenossInnen der LINKE im Stadtteilhaus Horner Freiheit zum Beteiligungsverfahren an den Planungen für die neu zu bauenden Unterkünfte für geflüchtete Menschen und andere in Hamburg-Öjendorf, geplanter Baugrund: Haferblöcken im Bezirk Mitte. Dort haben wir an den Planungen tatkräftig mitgewirkt und uns zusammen eingebracht. Im Wesentlichen ging es in der letzten Sitzung darum, welche Maßnahmen für eine Imageverbesserung unseres Stadtteiles Billstedt/ Mümmelmansberg ergriffen werden könnten.



Jurysitzung „Deine Geest“ am 14.10., Foto Maui

Viele hatten sich an der Projektentwicklung für die Landschaftsachse Horner Geest, entweder über das Internet oder über Abstimmung in einer der vielen eingerichteten Wahlurnen an verschiedenen Punkten in den Stadtteilen beteiligt.

Dabei flossen zu je 50 Prozent die Meinungen der BürgerInnen und die der Jury ein, wobei 25 Ideen für 5 Stadtteile in die engere Auswahl kamen. Was mich besonders erfreute, die Jury hat sich hauptsächlich auf die Entscheidungen und Vorschläge der BürgerInnen orientiert und konzentriert.

Von den 25 Projekten der engeren Auswahl benenne ich jeweils die Projekte aus 5 Stadtteilen, die auf Platz 1 kamen und unter dem Link: <http://deinegeest.hamburg/> einzusehen sind.

Für Hamburg-St. Georg wären das öffentliche Grillstationen, für Borgfelde Hochsitze für mehr Überblick, für Hamm eine Fledermausliegewiese, für Horn ein Ort der Stille und für Billstedt/ Mümmelmansberg eine öffentliche Beacharena - vorzugsweise am Öjendorfer See.

Die einzelne Projektidee pro Stadtteil durfte ein Gesamtbudget von 200.000 Euro nicht überschreiten und musste sich in der Landschaftsachse befinden.

Insgesamt erschien mir die bisherige Arbeit innerhalb der Jury als ein Schritt in eine gute demokratisch-sozialistische Entscheidungsfindung, da die Basis und damit die BürgerInnen der Stadtteile besonders mit einbezogen wurden in die Entscheidungen.

Maureen Schwalke



Ideen für Billstedt/Horn, Foto:Maui

Dann am 14. Oktober 2016 war DIE LINKE durch mich in der Fach-Jurysitzung in der Horner Freiheit zur Auswahl von verschiedenen Projekten der BürgerInnen für die neue grüne Landschaftsachse „Deine Geest“ vertreten.

Das Horner Wochenblatt Nr. 42 und Billstedter Wochenblatt Nr. 43 hatte davon in ihrer letzten Ausgabe berichtet, im Billstedter Wochenblatt wurde die Überschrift "Viele tolle Einfälle der Bürger" gewählt, angelehnt an mein Interview mit den Worten: ‚Es war keine leichte Entscheidung bei so vielen tollen Einfällen der BürgerInnen!‘

Und das waren die 343 eingereichten Projektvorschläge der BürgerInnen, von denen 233 in die engere Auswahl kamen: einfach toll!

Termine in (und für) Mitte

Mittwoch, 02.11., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Kita Falkennest, Öjendorfer Weg 32

Mittwoch, 02.11., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
Ort: Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Montag, 07.11., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Dienstag, 08.11., 19:30 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Pauli**
in den Räumen des
Abenteuerspielplatzes am Brunnenhof 14

Dienstag, 08.11., 20:00 Uhr

Treffen der **Finkenlinken**,
turnusmäßig, gesonderte Einladung beachten!

Mittwoch, 16.11., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**
Büro Borgfelder Straße 83

Donnerstag, 17.11. 17:30 Uhr

Öffentliche **Sitzung der Bezirksversammlung**
Sitzungssaal, Klosterwall 4

Sonntag, 20.11., ab 14 Uhr

Bezirksmitgliederversammlung
Gemeinschaftsraum Drachenbau, s.S. 2

Montag, 21.11., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Sonntag, 27.11., ab 09.30 Uhr

Landesparteitag

Dezember 2016

Montag, 05.12., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 07.12., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Kita Falkennest, Öjendorfer Weg 32

Mittwoch, 07.12., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
Ort: Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Dienstag, 13.12. 19:30 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Pauli**
in den Räumen des
Abenteuerspielplatzes am Brunnenhof 14

Dienstag, 13.12., 20:00 Uhr

Treffen der **Finkenlinken**,
turnusmäßig, gesonderte Einladung beachten!

Montag, 19.12., 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W'burg/Veddel**
Parteibüro in der Georg-Wilhelmstraße 7a

Mittwoch, 21.12., 19:00 Uhr

Treffen der **BO Hamm, Horn, Borgfelde**
Büro Borgfelder Straße 83

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der
Partei: www.die-linke-hamburg.de

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:

Telefon

Mail

Alexander Benthin	0176-70445442	alexander.benthin@die-linke-hamburg-mitte.de
Monika Berstecher		monika.berstecher@die-linke-hamburg-mitte.de
Michael Czerwinski	0175- 639 55 72	michael.czerwinski@die-linke-hamburg-mitte.de
Jörg Günther	0151-44563129	joerg.guenther@die-linke-hamburg-mitte.de
Theresa Jakob		theresa.jakob@die-linke-hamburg-mitte.de
Regina Jürgens		regina.juergens@die-linke-hamburg-mitte.de
Frank Rinnert, Schatzmeister	0152-33854547	frank.rinnert@die-linke-hamburg-mitte.de
David Stoop	0153-77725737	david.stoop@die-linke-hamburg-mitte.de
Wolfgang Strauß		wolfgang.strauss@die-linke-hamburg-mitte.de
Eva Rozanski	0151 686 56 611	eva.rozanski@die-linke-hamburg-mitte.de
Gesamtvorstand		bv-mitte-vorstand@lists.die-linke-hh.de
nachrichtlich:		
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteN Mang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de
Fraktionsgeschäftsstelle Tilman Rosenau	040 28 57 69 08	geschaefsstelle@linksfraktion-hamburg-mitte.de

Spendenkonto

DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX

Die soziale Spaltung überwinden

Solidarisch für soziale Gerechtigkeit und Frieden

Arbeitsprogramm DIE LINKE Hamburg-Mitte 2016 bis 2018, Endfassung vom 3.10.16

Hamburg ist eine sozial gespaltene Stadt. Besonders offensichtlich wird dies im Bezirk Mitte: Hier verdichten sich die Widersprüche und Herausforderungen der kapitalistischen Gesellschaft. Auch hier wächst die Armut von immer mehr Menschen und der Reichtum einiger Weniger. Auf der einen Seite erodiert die öffentliche Infrastruktur unter der „Schuldenbremse, auf der anderen Seite zeigen Luxusprojekte wie die Hafencity mit der Elbphilharmonie die Verschwendung öffentlicher Gelder zu Gunsten der Reichen. Der Hafen ist einerseits „Tor zur Welt“ und damit Ort kulturellen Austauschs und internationaler Solidarität, andererseits werden hier Waffen produziert und in alle Welt verschifft - wo sie Tod und Verzweiflung bringen und immer mehr Menschen zur Flucht zwingen. Der Hauptbahnhof im Herzen der Stadt ist für Geflüchtete ein Ort der Erstkunft, an dem sie einerseits mit der restriktiven Ausländerbehörde und völlig unzureichender Versorgung konfrontiert sind, andererseits hat sich hier die Gruppe „Lampedusa in Hamburg“ organisiert und sie erfahren viel Unterstützung aus der Bevölkerung.

Vor diesem Hintergrund nimmt sich DIE LINKE Hamburg-Mitte folgende Arbeitsschwerpunkte bis 2018 vor:

1. „Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.“
2. Die Schuldenbremse muss weg!
3. Wohnen ist ein Grundrecht - Bezahlbarer Wohnraum für alle!
4. Bildung und Kultur für alle!
5. Menschenwürdige Arbeit und soziale Absicherung für alle!
6. Gegen Rechts – für soziale Gleichheit und Solidarität
7. Internationale Solidarität!
8. Sozial-ökologischer Umbau: Die Umweltfrage ist Systemfrage
9. G20-Gipfel – für eine Welt der 99%!
10. Solidarität schafft Hoffnung! - Eckpunkte einer produktiven Arbeitsweise

1. „Frieden ist nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts.“

Die Beendigung aller Kriege ist die erste Zivilisationsvoraussetzung. Daher setzen wir uns für die Umstellung auf ausschließlich zivile Produktion und das Verbot von Waffenexporten über den Hamburger Hafen ein. Ebenso streiten wir für den strikt zivilen Charakter von Bildung und Kultur. Mit der Einführung einer Zivilklausel an der Fachhochschule HAW ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung getan. Diese Ausrichtung soll gesetzlich für alle Hochschulen verbindlich gelten. Auch an Schulen hat die Bundeswehr mit ihrer perfiden Kampagne zur Rekrutierung von Menschen für das Geschäft mit dem Tod nichts zu suchen, überhaupt ist Bundeswehrwerbung aus dem öffentlichen Leben zu verbannen. Dem 1936 errichteten Kriegerdenkmal am Dammtordamm ist endlich ein Deserteursdenkmal entgegengestellt. Umso mehr bekräftigen wir unser Ziel, das militaristische „Tamm-Museum“ zu schließen - Hamburg braucht stattdessen ein Museum für Frieden und Völkerverständigung. Wir arbeiten eng mit der Friedensbewegung zusammen, beteiligen uns an den Aktivitäten und machen den Kampf für die Beendigung aller Kriege und die Abrüstung bis hin zur Auflösung der Bundeswehr zu einem ständigen Thema.

2. Die Schuldenbremse muss weg!

Mit der Schuldenbremse und ihrer Durchsetzung u.a. durch die „Bezirksreform 2020“ werden die Bezirke durch den Personalabbau fast bis zur Handlungsunfähigkeit geschröpft. Wir erleben tagtäglich, wie Öffnungszeiten beschränkt, Serviceleistungen beschnitten und soziale Einrichtungen gleich zur Gänze ge-

geschlossen werden. Selbst grundlegende Dienstleistungen wie die Ausstellung eines Ausweises bringen mittlerweile monatelange Wartezeiten mit sich. Gelder können nicht überwiesen werden, weil die Krankheitsrate unter den überlasteten Mitarbeiter_innen hoch ist.

Trotz des massiven Wohnraum Mangels kann die auf zehntausende Wohnungen geschätzte Zweckentfremdung nicht bekämpft werden, weil es in den Bezirken kaum Personal dafür gibt.

Um diesem Problem entgegenzuwirken muss die gesellschaftliche Entwicklung der privatwirtschaftlichen Profitmaximierung entzogen werden und in die öffentliche Hand genommen werden: zur Stärkung des Sozialstaates, der Demokratie und des Allgemeinwohls. Daher ist die Politik der Schuldenbremse zu beenden.

Die Privatisierung staatlicher Aufgaben (wie der Gesundheitsversorgung) hat für die Mehrheit der Bevölkerung nur Ärger und Schaden gebracht. Öffentliche Aufgaben müssen vollständig zurück in die öffentliche Hand. In die Infrastruktur (Straßen, ÖPNV, Einrichtungen usw.) muss massiv investiert werden, so werden auch Arbeitsplätze geschaffen. Öffentliche Einrichtungen müssen demokratisiert werden. Ein wichtiges Ziel in diesem Sinne ist die Rekommunalisierung der Krankenhäuser, damit nicht der Profit, sondern der Mensch im Zentrum des Gesundheitswesens steht.

- Das Personal in den Bezirken muss aufgestockt werden, um wieder agieren zu können. Öffentliche Einrichtungen müssen den realen Kosten und Bedarfen angemessen von der Stadt ausgestattet werden.

3. Wohnen ist ein Grundrecht - Bezahlbarer Wohnraum für alle!

Hamburg braucht bezahlbaren Wohnraum und insbesondere Sozialwohnungen. Investorenfreundliche Großprojekte, Wohnungsspekulation und Gentrifizierung müssen ein für allemal beendet werden. Wir setzen uns dafür ein, dass der "Drittmix" des Hamburger Senats mit hochpreisigen und Eigentumswohnungen zu Gunsten von 100% Sozialwohnungen nach Vorbild des "Wiener Modells" abgeschafft wird. Immer neue Planungen für Großprojekte zeigen, dass es auch in Hamburg an Geld, Baumaterial und Know-How nicht mangelt. Wir fordern: Leerstand zu Wohnraum, damit kein Mensch mehr in Containern, Zelten oder ganz ohne Obdach leben muss.

- Der soziale Wohnungsbau muss massiv gesteigert werden. Auslaufende Mietpreis- und Sozialbindungen sind durch Wohnungsankauf und auf Hamburger Ebene durch Verlängerung der Laufzeiten zu verhindern.
- Damit die Bevölkerung ihr Lebensumfeld selbst gestalten kann, muss sie auf Augenhöhe an der Ideenfindung und Planung der Stadtentwicklung mitwirken können. Quartiers- und Stadtteilbeiräte sind zu verstetigen, sie müssen finanziell im Etat und institutionell im Bezirksverwaltungsgesetz abgesichert werden.

4. Bildung und Kultur für alle!

Ob Hartz-IV-Empfängerin, Geflüchteter, Rollstuhl-Fahrerin oder Kind betuchter Eltern: Bildung und Kultur müssen für alle Menschen unabhängig von Einkommen und Herkunft (barriere-)frei zugänglich sein, damit alle Menschen sich das kulturelle Erbe der Menschheit aneignen und ihre Persönlichkeit als mündige Bürger_innen entwickeln können. Dies ist die Grundlage einer Gesellschaft, die auf Emanzipation und Solidarität setzt statt auf Ausgrenzung und Konkurrenz. Die Abschaffung von Studien- und Kita-Gebühren konnte erreicht werden, nun müssen – vor allem in den Schulen – die Inklusion vorangetrieben und ausreichend ausgestattete Sprachkurse und Integrationsklassen geschaffen werden. Wir treten darüber hinaus für eine Schule für alle ein. Theater, Bücherhallen und Museen müssen von Arbeitslosen, Menschen mit geringem Einkommen und Geflüchteten kostenfrei besucht werden können.

Nervtötende Mega-Events wie Hafengeburtstag, Alstervergnügen und Kreuzfahrtschiff-Besuche machen Hamburg zu einer Event- und Tourismusstadt, die den kommerziellen Gewinnerwartungen unterworfen wird und immer weniger den Interessen und Bedürfnissen der Bewohner_innen entspricht. Dagegen stärken wir Stadtkultur als lebensnahen Reflexionsraum von unten, in dem die Menschen sich gemeinsam bilden und emanzipieren – und die gesellschaftlichen Verhältnisse in ihre eigenen Hände nehmen.

- Zur Integration der vor Krieg und Elend nach Hamburg geflüchteten Menschen muss eine positive Entwicklung für alle angestoßen werden: Neue Siedlungen ja – aber auch Begegnungs- und Kulturzentren, Schwimmbäder und Bücherhallen, Parks und eine spürbar steigende Lebensqualität im Umfeld. Dafür müssen auch soziale Einrichtungen, Schulen und Kindergärten ausgebaut und besser ausgestattet werden.

5. Menschenwürdige Arbeit und soziale Absicherung für alle!

Das Hartz-IV-System ist menschenverachtend und muss überwunden werden. An seine Stelle muss ein sanktionsfreies Arbeitslosengeld treten, dessen Höhe ein menschenwürdiges Leben ohne Armut ermöglicht. Doch auch das soziale Gefälle zwischen Einkommensbezieher*innen ist immens, so dass es immer mehr „Aufstocker“ gibt, die von ihrem Einkommen nicht leben können. Die 10 reichsten Hamburger (Herz, Otto, Kühne, Bauer, Fielmann ...) sind so reich, dass weniger als die Hälfte ihres Vermögens (etwa 25 Milliarden Euro) ausreichen würde, die „Schulden“ der Stadt Hamburg zu begleichen. Insbesondere in Mitte muss dennoch fast jedes zweite Kind in Armut leben.

In den letzten Jahren hat die Zahl derer, die in Schlangen vor den Essensausgaben der Tafeln in Hamburg-Mitte warten, stetig zugenommen und der Anblick von pfandsammelnden Menschen, die ihr Grundeinkommen aufbessern müssen, ist zum alltäglichen Ausdruck der immensen sozialen Ungleichheit geworden. Vor allem bedarf es daher konsequenter Maßnahmen für Vollbeschäftigung. Durch die Massenerwerbslosigkeit werden Arbeitsuchende wie Arbeitsplatz“besitzer_innen“ erpresst und gegeneinander ausgespielt.

- Wir setzen uns für die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich ein. Das schafft Arbeitsplätze, wirkt für höhere Löhne und verbessert die demokratische Teilhabe am Arbeitsplatz.
- Wir fordern die konsequente Umsetzung des Solidarprinzips: ArbeitgeberInnen müssen zu mindestens 50 Prozent an der Finanzierung der Kranken-, Arbeitslosen-, Renten- und Pflegeversicherung beteiligt werden.
- Der Mindestlohn muss deutlich erhöht werden, sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse sowie gewerkschaftliche Rechte müssen für alle gelten - bis zu Strafgefangenen. Solidarität zählt!

6. Gegen Rechts – für soziale Gleichheit und Solidarität

Extrem rechte Organisationen stehen für die extrem brutale Zuspitzung sozialer Ungleichheit. Sie messen Menschen je nach ihrer Herkunft sowie ihrer Fähigkeit und Bereitschaft, ihre Haut zu Markte zu tragen, unterschiedlichen Wert zu. Nazi-Diktatur und Holocaust haben gezeigt, dass das bis zu Vernichtung und Weltkrieg führen kann. Wir kämpfen dagegen für soziale Gleichheit und lassen nicht zu, dass Menschen degradiert und gegeneinander aufgehetzt werden. In Gegnerschaft zum Konkurrenzprinzip führen wir den „Kampf um die Köpfe“ zur Herausbildung eines Lagers der Solidarität – für die gemeinsame Entwicklung menschenwürdiger Lebensbedingungen für alle.

- Wir fordern daher das Verbot aller faschistischen Organisationen. Bis dahin treten wir dafür ein, dass Demonstrationen und Infotische der extremen Rechten in Hamburg-Mitte nicht genehmigt werden.
- Wir unterstützen Gedenkaktivitäten und setzen uns gemeinsam mit der Bezirksfraktion für eine „Woche des Gedenkens“ ein. Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!

Unterdessen wächst der Unmut über die herrschende Politik und die Suche nach einer humanen Alternative. Die AfD versucht dem entgegen als Partei für die Reichen das Elend noch zu verschärfen und gleichzeitig mit nationalchauvinistischen und leistungsideologischen Parolen einschüchtern, dass alle brave Untertanen sein sollen. Dagegen hat DIE LINKE in Hamburg-Mitte die Verantwortung und beste Möglichkeiten, wie die erfreulichen Abstimmungen gegen die Seilbahn und Olympia sowie die erfolgreichen Wahlen zur Bezirksversammlung 2014 und zur Bürgerschaft 2015 zeigen, mit einer klaren, aufklärerischen Orientierung für progressive Bewegung und den dringend notwendigen Politikwechsel zu ermuntern. Opposition wirkt!

7. Internationale Solidarität!

Mit unserem Engagement für Frieden und gegen Rechts kämpfen wir dafür, dass kein Mensch mehr fliehen

muss. Gleichzeitig streiten wir gemeinsam mit den Geflüchteten für die volle Wiederherstellung des Asylrechts, den Ausbau des Bleiberechts und das aktive und passive Wahlrecht für alle, die hier leben wollen.

8. Sozial-ökologischer Umbau: Die Umweltfrage ist Systemfrage

Die Versorgung aller Menschen mit essentiellen Voraussetzungen des Lebens wie sauberem Wasser, gesunder Nahrung, unverseuchter Luft, Energie und Mobilität darf nicht kapitalistischem Profitstreben überlassen werden. Sie müssen öffentlich organisiert und garantiert werden.

- Wir engagieren uns für die vollständige Überführung der Energieversorgung der Stadt Hamburg in öffentliches Eigentum (Rekommunalisierung) und das Vorantreiben des Umstiegs von fossiler auf erneuerbare Energieversorgung;
- Wir fordern die sofortige Abschaltung aller AKW und Kohlekraftwerke; Wir wollen Atomtransporte durch Hamburg unterbinden;
- Nach Angaben von Greenpeace gibt es heute schon 20 Millionen Flüchtlinge aufgrund von profitgetriebener Umweltzerstörung. Bei der Gewährung von Asyl auch für diese Flüchtlinge soll Hamburg eine Vorreiterrolle spielen;
- Wir wollen die Elbvertiefung verhindern, die nur Gefahren und Zerstörung bringt;
- Schiffe sollen für die Zeit in den Hafenanlagen mit Landstrom versorgt werden, statt ihre schädlichen Dieselmotoren zu nutzen;
- Um den Stadtverkehr zu entlasten muss der Weitertransport der immensen Containermengen deutlich stärker von der Straße auf die Schiene verlagert werden; der ÖPNV muss ausgebaut und zum Nulltarif zur Verfügung gestellt werden; Fahrradwege müssen flächendeckend geschaffen und sicher(!) gestaltet werden;
- Wir fordern den problemlosen und zeitnahen Zugang zu Umweltinformationen seitens der zuständigen Organe der Stadt Hamburg.

9. G20-Gipfel – für eine Welt der 99%!

Für 2017 wird derzeit ein G-20 Gipfel in Hamburg geplant. Bei den G-20 treffen sich die Staats- und Regierungschefs der zwanzig stärksten Volkswirtschaften, die zusammen 90 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts generieren, belagert von ihren wahren Bossen: den großen Konzernen und Banken. Diese Macht soll an den Vereinten Nationen vorbei weiter verteidigt und zum Schaden der Weltbevölkerung ausgebaut werden (u.a. mit TTIP). Wie bei Olympia steckt in diesem Gipfel alles Übel des dekadenten Imperialismus: die Macht des großen Eigentums, Militarisierung, soziale Verelendung, Erpressung ganzer Staaten. Und: Die Kosten für den letzten G20-Gipfel in Toronto beliefen sich auf eine Milliarde US-Dollar! Wie bei NOlympia verbinden wir unser Nein zum G20-Gipfel in Hamburg mit dem Engagement für soziale Progression. Wir ermuntern die große Mehrheit der Menschen, ihre Geschicke selbst in die Hand zu nehmen und sind aktiv für einen Gegengipfel der sieben Milliarden.

10. Solidarität schafft Hoffnung! - Eckpunkte einer produktiven Arbeitsweise

Um diese Aufgaben kooperativ und streitbar anzugehen, braucht DIE LINKE Hamburg-Mitte weiterhin regelmäßige thematische Mitgliederversammlungen und offene Vorstandssitzungen. Außerdem sollen Aktivenberatungen die Beteiligung aller GenossInnen an der Entwicklung und Umsetzung unserer Ideen und Vorhaben ermöglichen.

Dafür ist der Vorstand initiativ und unterstützt Initiativen der Basis. Auf Landesebene setzen wir uns für eine Stadtpolitische Konferenz ein, um sich nach dem NOlympia-Erfolg gemeinsam mit BündnispartnerInnen aus Gewerkschaften sowie der Friedens-, antifaschistischen, antirassistischen, Studierenden- und anderer Bewegungen zu verständigen, wie ein grundlegender Politikwechsel für ein soziales und solidarisches Hamburg erreicht werden kann. Zusammen sind wir stark!

So entwickeln wir uns weiter als solidarische Mitglieder- und sozialistische Programmpartei, die sich von unten nach oben aufbaut, Begeisterung weckt und weite Kreise zieht. So kann auch die Arbeit in Parlament und Verwaltung wirkungsvoller und erfreulicher werden.